

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XX/156

Bonn, den 17. August 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 Windschlag 64

Die alten und die neuen außenpolitischen "Initiativen"  
des noch entlassenen Bundeskanzlers  
Vor \* \* \*

2 Bodenspekulation 34

Auch dies steht zur Wahl

3 - 4 Die Entscheidung der Südosdeutschen 80

Die Lösung sozialpolitischer Fragen ist ausschlaggebend  
Vor Dr. Alfred Graef

5 - 6 Beweger deutscher Politik 103

Ein Buch über Dr. Kurt Schumacher  
Von Hermann Bortfeldt

+ + +

Windeier

Die alten und die neuen außenpolitischen Initiativen  
des noch amtierenden Bundeskanzlers

Von \* \* \*

Dem Vernehmen nach will die Wahlkampfleitung der CDU Herrn Erhard noch rechtzeitig vor der Wahl als den Mann präsentieren, der das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland würdig vertritt, überall Freunde hat und außerdem noch als der "große Vermittler" bezeichnet werden kann. Wie bei den meisten von der CDU im Wahlkampf behandelten Themen bewegt man sich auch in dieser Fall etwas außerhalb der Wahrheit, um nicht zu sagen, außerhalb der Legalität.

Tatsache ist: Kurz nach seinem Regierungsantritt hat Herr Erhard laut verkündet, er werde nunmehr nicht nur die lang erwartete Deutschlandinitiative ins ERROLIEN bringen, sondern auch bestehende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten ausgleichen. Zu diesem Zweck stieg Herr Erhard ganz groß in die Außenpolitik. Er reiste in die westlichen Hauptstädte, zeigte überall seine Zigarre und erklärte nach seiner Rückkehr, er befinde sich mit seinen Gesprächspartnern in "voller Übereinstimmung". Man freute sich darüber, denn so etwas hört sich gut an. Der Wahlspruch "Viel Feind, viel Ehr" ist in Deutschland - gottlob! - längst in die bessere Parole "Viel Freund, viel Ehr" verwandelt worden.

Nur waren die Behauptungen des Herrn Erhard leider selten richtig, wenn nicht sogar ganz falsch. Aus der mit viel Getöse angekündigten Deutschlandinitiative ist nichts geworden. Nur mit Mühe konnte man in einer entscheidenden Situation wenigstens die Wiederholung längst bekannter Grundsatzverkündungen erreichen.

Erhards Versuch, mit Staatspräsident de Gaulle ins Reine zu kommen, ist kläglich gescheitert. Natürlich ist das nicht allein die Schuld von Herrn Erhard, aber *s e i n e* Schuld ist es, wenn die deutsche Öffentlichkeit aufgrund Erhards eigener Angaben in dem Glauben gehalten wurde, das Auftreten des Bundeskanzlers in Paris und Rambouillet habe endgültig die Wolken am europäischen Himmel verscheucht.

Hat sich schon nicht das Verhältnis zwischen Paris und Bonn verbessert, so darf man mit Fug und Recht behaupten, daß unter Erhard die ebenfalls mit großem Propagandaaufwand eingeleitete Initiative zur Überwindung der Krise in der Europapolitik wie eine Seifenblase zerplatzte. Auch in diesem Falle kann man natürlich nicht von einer "Schuld" Erhards sprechen. Jedoch seine großspurigen Voraussagen und die künstlich vom Bundespresse- und Informationsamt genährten Illusionen erwiesen sich auch diesmal als Fehlanzeige.

So bleibt dem zigarrenrauchenden und Wolken um sich verbreitenden Bundeskanzler trotz vieler Vorleistungen und schön klingender Sprüche nichts anderes übrig, als jetzt kurz vor der Wahl wenigstens zu behaupten, er suche einen Ausgleich mit Moskau.

Eine solche vermeintliche Absicht wird "pressemäßig" so vorbereitet: Große Zeitungen erscheinen auf der ersten Seite mit Schlagzeilen, aus denen hervorgeht, Herr Staatssekretär Carstens vom Auswärtigen Amt werde im September an der Spitze einer offiziellen deutschen Delegation nach Moskau reisen. Der Vorsitzende des Kulturpolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages, CDU-Abgeordneter Martin, verkündet, es werde demnächst sicher zu einem Kulturabkommen zwischen der Bundesrepublik und Ru-

mänier kommen. Unter der Hand wird dann noch bei einigen Starjournalisten die Nachricht verbreitet, bald werde auch Bonn und Warschau die Beziehungen zueinander verbessern; man solle nur dafür sorgen, daß Erhard Bundeskanzler bleibe, dann sei es durchaus möglich, daß auf dem Umweg über Paris die polnische Karte endlich zum Zuge komme.

In der Propagandaküche der CDU werden noch einige andere Süsschen dieser Art gekocht. Zum Beispiel die: Auf die Amerikaner könne man nicht allzu fest rechnen, sie seien viel zu sehr in Südostasien und anderen Krisenherden der Welt beschäftigt. Und was Großbritannien anbetrifft, so brauche man nur darauf zu warten, daß die Labour-Regierung in ernsthafte Schwierigkeiten gerate, dann werde man "endlich" mit dem "natürlichen Bundesgenossen" der Bundesrepublik, mit den Konservativen, zusammenspielen können.

Zusammengefaßt ist das alles der Ausdruck einer peinlichen Unsicherheit der Männer im Regierungslager, die derartige Windeier in die Welt setzen, weil sie glauben, daß die Bürger unseres Staates ein kurzes Gedächtnis haben.

+ + +  
Bodenspekulation - Auch dies steht zur Wahl

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt weist viele häßliche Flecken auf. Eine Welle von Mieterhöhungen überflutet die "Weißen Kreise". Die Gerichte haben alle Hände voll zu tun, aber das Gesetz gibt ihnen nur einen geringen Spielraum zur Fällung gerechter Urteile bei Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern. Das von der Parlamentsmehrheit des 4. Bundestages verabschiedete Mietgesetz begünstigt den wirtschaftlich Stärkeren, und in vielen Fällen wagen es die eingeschüchterten Mieter schon nicht mehr, den Kadi anzurufen. Das Bundeswohnungsbauministerium selbst sprach kürzlich von einer starken Unsicherheit der Bevölkerung in den neuen Weißen Kreisen, machte dafür aber nicht die Lage auf dem Wohnungsmarkt verantwortlich, sondern die Unkenntnis von Mietern und Vermietern über die gesetzlichen Bestimmungen... So kann man die Dinge auch sehen, nur wird damit den Bedrängten keine Hilfe zuteil.

Allein im Juli erfolgten nach Angaben des Deutschen Mieterbundes in Bremen 576, in Würzburg 1 000, in Wiesbaden 325, in Lübeck 567, in Karlsruhe 600 und in Essen mehr als 1 000 Kündigungen. Das sind alarmierende Zahlen, sie widerlegen den Optimismus des Bundeswohnungsbauministers und stellen ihm ein nicht gerade lobenswertes Zeugnis aus. Viele Gemeinden wissen nicht mehr, wie sie die gekündigten Mieter unterbringen sollen. So gibt es in Miesbach - ein Fall von Tausenden - keine Ersatzquartiere mehr. Was beim nächsten Räumungsfall geschehen soll, weiß niemand.

Skandalöse Ausmaße erreicht die hemmungslose Bodenspekulation. Sie hat sich zum größten Krebsgeschwür in der Wohnungswirtschaft ausgewachsen. Zu seiner Bekämpfung geschieht so viel wie nichts. Gewinne bis zu 1 000 Prozent und darüber gehören nicht mehr zu den Seltenheiten. Schon Ende Juli 1950 erarbeitete der Bundestag einen Entwurf zur Bekämpfung der Bodenspekulation, die Bundesregierungen nahmen ihn nicht zur Kenntnis. Sie ließen es zu, daß eine neue Kategorie von Millionären entstand - die Kategorie der Bodermillionäre. Ihnen flossen, ohne eigene Arbeitsleistung, große Gewinne zu, und sie machen es vielen Gemeinden unmöglich, Grund und Boden für den Wohnungsbau zu erträglichen Preisen zu erwerben. - Auch dies steht am 19. September zur Wahl: Der hemmungslosen Bodenspekulation ein Ende durch vernünftige gesetzgeberische Maßnahmen zu bereiten. Dies ist ein unerläßlicher Bestandteil einer guten Wohnungsbaupolitik.

## Die Entscheidung der Südostdeutschen

Die Lösung sozialpolitischer Fragen ist ausschlaggebend.

Von Dr. Alfred Graef

Jeder Mensch, aber auch jede Gruppe von Menschen hat bestimmte Vorstellungen vom gesellschaftlichen Zusammenleben und von der wünschenswerten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung in einem Volkskörper. Sehr oft werden diese Vorstellungen von jener Erlebniswelt bestimmt, in der der Einzelne oder die Gruppe ursprünglich verwurzelt war. Diese Feststellung gilt naturgemäß auch für alle Vertriebenen und Flüchtlinge; sie gilt insbesondere auch für die vertriebenen Deutschen aus den südosteuropäischen Ländern.

Ob es sich um die Banater-Schwaben, die Donau-Schwaben, die Batschka-Deutschen, die Siebenbürger-Sachsen oder um andere kleinere deutsche Vertriebenen-Gruppen aus südosteuropäischen Ländern handelt; sie alle hatten eine Sozialordnung, die, sehr oft aus wirtschaftlicher und sozialer Not einer gedrückten Minderheit geboren, auch bei dem heutigen allgemeinen Stand des Sozialwesens als mustergültig bezeichnet werden kann.

### Fulsschlag des sozialen Gewissens

Niemand wird es diesen Südostdeutschen verübeln können, wenn sie sich heute immer mehr der Sozialdemokratie zuwenden. Diese Deutschen haben ein sehr feines soziales Empfinden und immer mehr erkennen zu können, in welcher Partei der Fulsschlag des sozialen Gewissens am stärksten schlägt.

Ganz abgesehen aber von diesem rein Empfindungsmäßigen, sind es jedoch die politischen, wirtschaftlichen und vor allem die sozialen Grundsätze der Sozialdemokratie, die ihr die Zuneigung der Südostdeutschen einbringt. Dabei spielen Fragen materieller Natur nur eine untergeordnete Rolle. Entscheidend sind andere Dinge.

### Sympathien für die SPD

In erster Linie ist es der konsequente Einsatz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für eine gerechte Sozialordnung in der Bundesrepublik. Die Sicherung der Existenz der alten und sozial schwachen Menschen, wie sie u. a. im "Volkerversicherungsprogramm" der SPD verankert ist, gewinnt für die vertriebenen Deutschen aus Südosteuropa gerade wegen der sozialen Unsicherheit, in der gerade diese Bevölkerung auch heute noch lebt, besondere Bedeutung. Dafür, daß es in der Bundesrepublik auch jetzt noch zahlreiche alte Menschen insbesondere auch viele Vertriebene und Flüchtlinge gibt, deren Lebensabend nicht gesichert ist, haben die Südostdeutschen kein Verständnis, da ihre eigene Sozialordnung in der Heimat eine solche Sicherung kannte. Der Einsatz der Sozialdemokratie für die Sicherung der sozial Schwachen und der Alten stößt daher bei den Südostdeutschen auf Grund ihrer gleichartigen sozialen Grundhaltung auf Sympathie.

### Können es einfach nicht verstehen

Mit Bedauern haben die Südostdeutschen zur Kenntnis nehmen müssen wie hartherzig die CDU/CSU gegenüber den sozial Schwachen ist. Diese

Herzlichkeit hat sich besonders kraß bei der Verabschiedung der 18. Novelle zum LAG gezeigt. Die Ablehnung des wesentlichen Inhalts dieser Novelle durch die CDU/CSU, nämlich die Ablehnung der Erhöhung der Unterhaltshilfe, der Hauptentschädigung und der Hausratsentschädigung, ist ein eindeutiger Beweis dafür, daß diese Partei keinen sozialen Ausgleich und keine soziale Gerechtigkeit will. Die Südostdeutschen können es einfach nicht verstehen, daß gerade eine sich christlich nennende Partei eine so asoziale Haltung gegenüber den Ärmsten des Volkes einnimmt, das in ihrer Heimat gerade die christlichen Organisationen den sozial Schwachen Hilfe angedeihen ließen. Hier scheiden sich die Geister zwischen den christlichen Südostdeutschen und der christlichen CDU/CSU.

Aber neben dem Einsatz der SPD für die Lösung der grundlegenden Sozialprobleme sind für den politischen Standpunkt der Südostdeutschen auch die klaren Grundsätze der Sozialdemokratie hinsichtlich der Bildungsfragen und der kulturellen Probleme der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge von ausschlaggebender Bedeutung. Der wiederholt von einer Reihe maßgebender Persönlichkeiten der SPD deklarierte Wille zur Erhaltung, Pflege und Auswertung des kulturellen Heimat-erbes der Vertriebenen und Flüchtlinge ist gerade das, worum die Südostdeutschen in ihrer Heimat oft erbittert ringen mußten und was unter der jetzigen Bundesregierung auch in der Bundesrepublik nicht gesichert ist. Die Herzen der Südostdeutschen werden auf jeden Fall jener Partei und jenen Personen zuschlagen, die aus ihrem Verantwortungsbewußtsein für alle Deutsche die kulturellen Bestrebungen auch der Südostdeutschen moralisch und materiell unterstützen.

In guten Händen aufgehoben

Daß es sich bei den Sozialdemokraten hier nicht um leere Worte, sondern um den ernsten Willen zur Lösung der anstehenden Probleme der Südostdeutschen handelt, verbürgen eine Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten der SPD, u.a. der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und Präsident des Bundes der Vertriebenen Dr. h.c. Wenzel Jaksch, der als Sudetendeutscher mehr als irgend jemand anders die Probleme und Nöte der Südostdeutschen kennt. Die sozialen, kulturellen und politischen Anliegen der Südostdeutschen werden eines Tages in seinen Händen gut aufgehoben sein. Diese Überzeugung der Südostdeutschen ist gleichermaßen eine Entscheidung für einen Mann mit nationaler Verantwortung und sozialen Gewissen wie auch für eine Partei, die sich der Verantwortung gegenüber allen Deutschen bewußt ist.

## Beweger deutscher Politik

---

### Ein Buch über Dr. Kurt Schumacher

Vor 13 Jahren, am 22. August 1952, starb Dr. Kurt Schumacher, der Vorsitzende der sofort nach der Hitlerdiktatur wiedererstandenen Deutschen Sozialdemokratie.

(Bät.) Vielen ist er noch persönlich gegenwärtig und sie haben noch den Klang seiner Stimme in den Ohren, aber Kurt Schumacher ist längst zu einer historischen Gestalt geworden. Sein Werk lebt noch im täglichen politischen Geschehen weiter, doch schon hat sich seiner die Geschichtswissenschaft bemächtigt. Die Polemik um Schumacher ist im täglichen Geschehen noch nicht verstummt. Aber sie erreicht nun überdies die wissenschaftliche Ebene. Die Darstellung in jüngster Zeitgeschichte findet in der Gestalt Kurt Schumachers eine innere Überwindung des "nationalsozialistischen" Totalitarismus, den der deutsche Widerstand durch äußere Mittel nicht niederzwingen konnte. Diese Überwindung durch Haltung wird anerkanntermaßen in der Gestalt Kurt Schumachers symbolisiert - eine Haltung, an der Demagogie und Terror, Schmeicheleien und Folter abprallten. Es ist dies die Haltung, durch die erst überhaupt eine Fortsetzung der deutschen Geschichte möglich wurde.

Diese historische Leistung Kurt Schumachers findet ihren Ausdruck in der Neugründung und Wiederbelebung der Sozialdemokratischen Partei. "Aber wer in Kurt Schumacher nur den Politiker mit einer großen Entschlußkraft, nur den verkörperten Willen und den moralischen Wahrheits-sucher sehen würde, hätte nur einen Teil seines Wesens erfaßt - gewiß den wesentlichen, aber eben doch nur einen Teil, der seine Bedeutung nur dadurch erhielt, daß Schumacher vor allem ein eminenter politischer Intellekt war, dem sich Willen und Temperament schließlich doch unterzuordnen hatten. So imponierend die Gestalt Kurt Schumachers auch immer bleiben wird, dieses Menschen, der als doppelter Krüppel eine der größten sozialistischen Parteien in kurzer Zeit neu organisierte und leitete, für den es gerade dann, wenn sein Körper zu versagen drohte, nichts anderes gab als seine politische Mission, so wenig erschöpft sich seine Bedeutung in dieser rein persönlichen Erscheinung. Wenn Schumacher sein Leben buchstäblich Stück um Stück opferte, so war es die Identifizierung von Person und Sache und das Bewußtsein, daß die Sache, die er vertrat, das Opfer der Person wert sei. Diese Unbedingtheit und das "Europolitische" Kurt Schumachers machten ihn aber trotz allem zweifellos zu einem moralischen und politischen Eiferer und sein leidenschaftliches Kämpfertum brachte ihm leicht den Tadel des Fanatismus ein. Darunter kann man aber, je nach dem Standort des Betrachters, etwas sehr verschiedenes verstehen. Sicher brachte Schumacher nicht das mit, was man gemeinhin als Vorbedingung eines guten Politikers annimmt: die von vornherein erklärte Bereitschaft, Kompromisse zu schließen. Der Kompromiß konnte bei Schumacher, wenn überhaupt, nur am Ende eines ausgetragenen Streites stehen."

So schildert Waldemar Ritter in seiner kürzlich veröffentlichten Dissertation ("Kurt Schumacher - Eine Untersuchung seiner politischen Konzeption" -, Verlag J.W. Dietz, Nachf. GmbH).

Ritter will nicht mehr, als einen kleinen Stein zur historischen Wahrheit beitragen. Seine Arbeit ist der Versuch, die politische Konzeption Kurt Schumachers, auf dem Wege einer historisch-empirischen Untersuchung, im Rahmen der Wissenschaft von der Politik herauszuarbeiten und deutlich zu machen.

Ritter befaßt sich mit Schumachers Auffassung über Staat und Nation, seiner Kritik an der Demokratie in der Weimarer Republik und seiner Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und dem Nationalsozialismus. Er untersucht Schumachers politische Konzeption zur Zeit des Wiederaufbaues Deutschlands und der Sozialdemokratie in Lichte der politischen Praxis. Ein Kapitel ist der theoretischen Konzeption Schumachers vom Sozialismus und den damit verbundenen Problemen der Klasse und der Sozialisierung gewidmet.

Ritter legt Wert darauf, sich in diesen Punkten von den Auffassungen zu unterscheiden, die Lewis Edinger (USA) äußerte, dessen große Schumacher-Biographie demnächst erscheinen soll und die Ritter zum größten Teil bekannt war.

An Waldemar Ritters vorzüglicher Arbeit wird künftig niemand mehr vorbeigehen können, wer sich mit Kurt Schumacher auseinandersetzen will. Er hat es verstanden, deutlich zu machen inwieweit die Modernisierung in der Sozialdemokratischen Partei von Kurt Schumacher vorbereitet wurde. So weist er zum Beispiel darauf hin, welchen besonderen Wert Kurt Schumacher auf die Interpretation der Mittelschichten und ihrer Rolle in der Demokratie legte. Schumacher trat für ein sozialdemokratisches Programm "für Arbeiter, Angestellte, Bauern, Gewerbetreibende und geistige Berufe" ein. Ein anderes Beispiel: Für die "Grundeinstellung der gesamten Schumacher'schen Europapolitik", die allerdings später "elastischer" geworden sei, nimmt Ritter den Satz von 1945: "Die innen- und außenpolitischen Probleme um die deutsche Wiedervereinigung sind nicht zu trennen von der aktiven Mitwirkung der deutschen Parteien beim Aufbau eines neuen Europa. Auch Kurt Schumacher hatte sich rechtzeitig mit der Frage der Neugestaltung Europas auseinandergesetzt. Schon in seinem Aufruf im Sommer 1945 hatte er erklärt: "Die Sozialdemokratische Partei setzt alles daran, Deutschland als geschlossenes nationales und wirtschaftliches Ganzes im Rahmen der europäischen Gleichgewichte und der europäischen Notwendigkeiten zu erhalten.... Sie kann sich Deutschland überhaupt nur als ein Bestandteil Europas denken. Aber sie will dieses Deutschland dann nicht als Paria, sondern als gleichwertig." Und Schumacher hatte noch hinzugefügt: "Wir können heute nur weiterleben, wenn Europa zu einer wirtschaftlichen, sozialen Einheit wird."

Empfehlenswert für die gegenwärtige und zukünftige Politik dürfte es sein, sich mit Schumachers Demokratie-Begriff zu befassen. Er ist der Versuch, zu einer Synthese von Freiheit und Ordnung zu gelangen.

"Die Demokratie ist keine Frage der Opportunität und der Taktik. Die Demokratie ist die Frage nach der gestaltenden Methode und darüber hinaus nach dem kulturellen und gesellschaftlichen Prinzip." Sie nur als ein Mittel anzusehen, taktisch über eine Situation hinwegzukommen, war für Schumacher die "verderbliche Anschauung" und die eigentliche "große Gefährdung" für Deutschland. Man muß bei ihm die Demokratie als den "Lebensodem der deutschen Politik", als das alles beherrschende politische, gesellschaftliche und kulturelle Prinzip begreifen, um seinen Demokratiebegriff voll erfassen zu können. Wie Abraham Lincoln, so verstand auch er die Demokratie als "die Politik für das Volk, durch das Volk und mit dem Volke". Sie war für ihn in jedem Fall "die tatsächliche Selbstverantwortung, Selbstführung und Selbstverwaltung des Volkes."